

Der große Unbekannte III:

Zweckverband NVR – Nahverkehr Rheinland

Wir setzen unsere Reihe der großen unbekanntenen Institutionen fort und präsentieren in dieser Mach-et-Ausgabe den Zweckverband Nahverkehr Rheinland.

Von **Andreas Wolter**

Die Kölner fahren „mit der KVB“, wenn sie den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nutzen. Die KVB ist aber nur Teil des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) zu dem sich Städte und Kreise rund um Köln zusammengeschlossen haben. Hier gelten einheitliche Tickets und Tarife, abgestimmte Fahrpläne sowie gemeinsame Informations- und Serviceleistungen.

Was aber macht der NVR? Hier verstehen die meisten nur Bahnhof. Der Zweckverband Nahverkehr Rheinland entstand durch die Änderung des ÖPNV-Gesetzes NRW zum 1. Januar 2008. Er ist neben dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und dem Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) einer von drei Kooperationsräumen in NRW und bündelt die Zuständigkeiten für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und die ÖPNV-/SPNV-Investitionsförderung im Rheinland. Der NVR deckt das Gebiet des VRS und des Aachener Verkehrsverbundes (AVV) ab.

Das Land stellt landesweit jährlich für den **Betrieb des Schienenverkehrs** rund 800 Millionen Euro zur Verfügung. Davon erhält der NVR derzeit einen Anteil von rund 23 Prozent. Hiervon werden im Gebiet des NVR 9 Regional-Express-, 14 Regionalbahn- und 4 S-Bahn-Linien finanziert, die jährlich rund 150 Millionen Fahrgäste befördern.

Besonders spannend sind dabei die **Ausschreibung und Vergabe der Bahnstrecken**. Durch die Vormachtstellung der Deutschen Bahn und begrenzte Kapazitäten der Waggonbauer gelingt es nur unter Schwierigkeiten über gute Ausschreibungsergebnisse zu mehr Qualität und Verbindungen auf der Schiene zu gelangen.

Besonders **Qualitätsfragen** beim rollenden Material (Verspätungen, Ausfälle, überfüllte Züge), die Bahnhöfe und die Informations- und Servicepolitik der Bahn beschäftigen den NVR immer wieder. Mit einer Mischung aus Wut und Fassungslosigkeit können die Zweckverbandsmitglieder oft nur das mangelnde Engagement der Bahn bei der Verbesserung der Servicequalität zur Kenntnis nehmen, wenn sie gleichzeitig aufgrund ihrer Marktmacht die nächste Ausschreibung (z. B. Kölner Dieselnetz für 15 Jahre) gewinnt.



Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt ist im Rahmen der durch das Land zur Verfügung gestellten Mittel die Priorisierung und Umsetzung aller **Infrastrukturprojekte** im NVR. Dazu gehören vor allem:

- der Neu- und Ausbau von Stadtbahnstrecken zur Anbindung von Vororten sowie des Umlands, darunter z. B. die geplante Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 in Köln,
- der Ausbau der nötigen Infrastruktur für den Busverkehr, z. B. durch die Erneuerung von Bushaltestellen bzw. Wartehallen,
- die Verbesserung der Verknüpfung von verschiedenen Verkehrssystemen an Umsteigehaltestellen,
- der Ausbau bestehender SPNV- bzw. S-Bahnstrecken und Linienverlängerungen als Voraussetzung für Qualitäts- und Angebotsverbesserungen, z. B. für Taktverdichtungen und stabilere Fahrplanlagen sowie
- die Modernisierung der Bahnhöfe und Haltestellen.

Viele Projekte, die im **Nahverkehrsplan des NVR** stehen (der derzeit überarbeitet wird), warten auf die Finanzierung. Neben einem angemessenen Ausbau des S-Bahnnetzes ins Umland zählen der Rhein-Ruhr-Express und der Ausbau des Knoten Kölns mit dem Westring zu den zentralen Problemen, die schnell gelöst werden müssen. Leider binden Projekte wie Stuttgart 21 die Mittel des Bundes derart, dass die Verkehrswende im Rheinland zugunsten des SPNV stark behindert, wenn nicht gar unmöglich wird. Investitionsmittel fehlen genauso

wie Betriebsmittel an allen Ecken und Enden. Hier sind der Bund und das Land in der Verantwortung, deutlich mehr zu investieren.

Die notwendigen Beschlüsse des NVR werden in der **Zweckverbandversammlung** gefällt, deren Mitglieder von den Stadträten und Kreistagen benannt werden. Die verteilen sich wie folgt: 15 CDU, 12 SPD, 6 GRÜNE, 2 FDP, 1 Freier Wähler. Weitere 12 Mitglieder werden derzeit von den jeweiligen Kreis- und Stadtverwaltungen entsandt. Davon ordnen sich 9 der CDU zu, 2 der FDP und Gisela Nacken aus Aachen den GRÜNEN. Beschlüsse müssen laut Satzung mit 3/4-Mehrheit gefällt werden, was de facto eine große Koalition bedeutet. Das ist im VRS bereits Vergangenheit, weil CDU und SPD dort dieses Quorum nicht mehr erreichen und auf eine Kooperation mit GRÜNEN und FDP angewiesen sind. Die Kölner Ratsgrünen sind mit Berti Waddey und Andreas Wolter vertreten, die weiteren Grünen kommen aus Bonn, Rhein-Erft, Rhein-Sieg und Aachen.